



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 16. März 1886.

Nr. 125.

Deutschland.

Berlin, 15. März. Dem Abgeordneten-
saße ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend
den Bau neuer Schiffahrts-Kanäle und die Ver-
sicherung vorhandener Schiffahrts-Strassen zu-
gegangen. Derselbe lautet im Wesentlichen:

§ 1. Die Staatsregierung wird ermächtigt:
1) zum Bau eines Schiffahrts-Kanals von
Dortmund bezw. Herne über Heinrichsburg,
Münster, Bevergern und Papenburg nach
der unteren Ems, einschließlich der Anlage
eines Seitenkanals aus der Ems von Dli-
versum nach dem Emdener Binnenhafen
nebst entsprechender Erweiterung des letz-
teren;

2) zur Verbesserung der Schiffahrts-Verbin-
dung von der mittleren Oder nach der
Oberspree bei Berlin durch den unter theil-
weiser Benutzung des Friedrich-Wilhelm-
Kanals zu bewirkenden Neubau eines Kan-
nals von Fürstenberg nach dem Kersdorffer
See, durch die Regulirung der Spree von
da bis unterhalb Fürstenwalde und durch
den Neubau eines daselbst beginnenden Kan-
nals bis zum Seddin-See nach Maßgabe
der von dem Minister der öffentlichen Ar-
beiten festzustellenden Projekte die Summe
von

zu 1)	58,400,000 Mark
zu 2)	12,600,000 „
im Ganzen	71,000,000 Mark

verwenden.

§ 2. Mit der Erbauung des im § 1 zu
1 gedachten Schiffahrtskanals ist erst vor-
zugehen, wenn der gesammte zum Bau, einschließ-
lich aller Nebenanlagen, nach Maßgabe der von
dem Minister der öffentlichen Arbeiten festzustel-
lenden Projekte erforderliche Grund und Boden
Staatsregierung aus Interessentenkreisen un-
geltlich und lastenfrei zum Eigentum überwie-
sen oder die Erstattung der sämmtlichen, staats-
lich für dessen Beschaffung im Wege der freien
Verhandlung oder der Enteignung aufzuwendenden
Kosten, einschließlich aller Nebenentschädigungen
für Wirthschaftsverluste und sonstige Nach-
theile in rechtsgültiger Form übernommen und
erstattet ist.

§ 3. Der Finanzminister wird ermächtigt,
zur Deckung der im § 1 erwähnten Kosten im
Namen der Anleihe eine entsprechende Anzahl von
Staatsanleihen auszugeben.

— Die Sozialdemokratie scheint gewillt zu
sein, in umfassender Weise die Probe auf die

Versicherung des Herrn v. Puttkamer zu machen,
daß auch unter der Herrschaft des Sozialisten-
gesetzes der Herausgabe von Zeitungen sozialisti-
scher Tendenz nichts im Wege stehe. Aus einer
Reihe von Städten liegen Ankündigungen dera-
tiger Blätter vor. Es ergibt sich daraus, daß
nunmehr auch Herr v. Vollmar unter die Zei-
tungsherausgeber gegangen ist. Er wird vom 1.
April ab ein täglich erscheinendes Blatt in Mün-
chen herausgeben: „Die bairische Volksstimme“.
Nicht ohne Interesse ist es zu hören, daß die
Leitung des Blattes einer Persönlichkeit übertra-
gen ist, die in dem bekannten Konflikt innerhalb
der Sozialdemokratie eine kleine Rolle gespielt hat.

— Der bisherige erste Votschafts-Sekretär
bei der hiesigen italienischen Votschaft, Chev. Lu-
gini, ist von hier abberufen und wird demnächst
Berlin verlassen. An seiner Stelle ist der Vot-
schaftssekretär Chev. Alessandro Riva zur hiesigen
italienischen Votschaft versetzt worden.

— Es wird von Zweifeln gesprochen, die
über die Frage entstanden sein sollen, ob gegen
das Erkenntnis des Oberlandesgerichts in Naum-
burg in dem Platenprozess Fiskus
wider Heine die Einlegung der Revision zulä-
ssig sei, da der Betrag der vom Abg. Heine
bezogenen Parteibeträge möglicherweise die Summe
von 1500 Mk. nicht erreiche, durch welchen Be-
trag die Zulässigkeit der Revision bedingt sei.
Zunächst ist dagegen zu bemerken, daß diese Be-
dingung nur für „Rechtsstreitigkeiten über ver-
mögensrechtliche Ansprüche“ gilt, der Naumburger
Prozess aber zur Zeit den Anspruch auf „Fest-
stellung“ eines vom Verklagten bestrittenen Rechts
betrifft, mithin an die Bedingung des § 508 der
Ziv.-Pr.-D. nicht gebunden ist. Gegen die dem-
nächst anzustellende Zahlungsforderung würde, falls
das Objekt nicht genügt, die Revision allerdings
ausgeschlossen sein. Der vorerwähnte genauere Er-
mittlung des Objekts für die vorliegende Frage
bedarf es nicht, da der Werth des Streitgegen-
standes vom Gericht nach freiem Ermessen fest-
gesetzt wird, und in der Sache Fiskus wider Heine
jedemfalls längst aktenkundig ist. Wir sind der
Ansicht, daß es der Regierung weit weniger um
die Vertreibung der Diätenbeträge für den Fiskus,
als um den Rechtsgrundpunkt zu thun ist, und daß
die Streitfrage in keinem der anhängigen Prozesse
ohne den Spruch des Reichsgerichts als geschlossen
betrachtet werden wird.

— Der Austausch der serbisch-bulgarischen
Friedensurkunden steht unmittelbar bevor. Die
Ratifikation der serbischen Urkunde ist, so wird

aus Belgrad telegraphirt, gestern, mit der Unter-
schrift des Königs versehen, aus Nißch in der ser-
bischen Hauptstadt eingetroffen. Janovic, Sekre-
tär des Delegirten Misatovic, ist damit heute früh
nach Bukarest abgereist.

Weniger günstig lautet die neueste Nachricht
über die türkisch-bulgarische Angelegenheit. Wie
nämlich von gestern aus Sofia telegraphirt wird,
ist das türkisch-bulgarische Protokoll nicht gezeich-
net worden. Fürst Alexander hat gegen die Be-
grenzung des Generalgouverneur-Mandats auf nur
5 Jahre Einspruch erhoben.

— Am Freitag, den 19. d. M., wird eine
gemeinschaftliche Sitzung des evangelischen Ober-
kirchenraths mit dem General-Synodalvorsand
stattfinden und am Abend vorher wird der letztere
zu einer Sitzung zusammentreten. Der General-
Synodalvorsand besteht nach den von der zweiten
ordentlichen Generalsynode vorgenommenen Neuwah-
len aus: dem Grafen v. Arnim-Bohlenburg als
Vorsitzenden, v. Kleist-Rehnow als dessen Stellver-
treter, und den 5 Beisitzern; Generalsuperinten-
dent D. Schölke in Magdeburg, Konsistorialpräsi-
dent D. Hegel hier, Geh. Regierungsrath und
Universitätsrath D. Schrater in Halle a. S.,
Superintendent und Provinzial-Synodal-Assessor
Müller in Obersiebenbrunn (Westfalen) und Konsisto-
rialarth und ordentlicher Professor der Theologie
D. Köpplin in Halle.

Strasburg, 6. März. Dieser Tage brachte
die „Korr. Havas“ die Nachricht, der Abgeordnete
für Belfort, Herr Keller, der bekannte ultramoni-
tane Legitimist und Katholik, habe in der
Kammer den Antrag eingebracht, daß jedes im
Auslande geborene Kind eines Franzosen, der
seine Eigenschaft als Franzose verloren hat, aus
dem Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember
1874 Vortheil ziehen, nämlich in das französische
Heer und auch in die militärischen Schulen ein-
treten könne, wenn es mit Zustimmung der Eltern
erklärt, daß es nach erreichter Volljährigkeit dar-
auf verzichten wolle, seine Eigenschaft als Aus-
länder geltend zu machen. Dieser Antrag, der
als ein Gesetz der Vergeltung bezeichnet wird,
soll den minderjährigen Söhnen der in der Hei-
math verbliebenen Elsaß-Lothringer die Möglichkeit
gewähren, im Heere statt in der Fremdenlegion
zu dienen und sich für die Prüfungen zur Auf-
nahme in die staatlichen Schulen zu melden. Es
ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß fast
gleichzeitig das „Avenir Militaire“ die Abände-
rung der Bestimmung des Aushebungsgesetzes von

1872 verlangt, wonach nur Franzosen in das
Heer und dessen Vorbereitungsschulen eintreten
können, während die gasplich geduldeten Ausländer
Generationsen hindurch vom Dienste frei bleiben.
Diese Forderung stellt die Forderung, daß Jeder,
der von fremden Eltern in Frankreich oder ander-
wärts geboren ist und seinen Aufenthalt in Frank-
reich seit mindestens 15 Jahren hat, oder dessen
Eltern vor seiner Geburt sich mindestens 3 Jahre
in Frankreich aufgehalten haben, am ersten Tage
des Jahres der Großjährigkeit als Franzose er-
klärt werden soll, wenn er nicht nachweisen sollte,
daß er seine hauptsächlichste Niederlassung in seinem
Heimatlande habe. Zum näheren Verständniß
dieser beiden scheinbar von widersprechenden Vor-
aussetzungen ausgehenden Anträge muß bemerkt
werden, daß der Antrag Keller eingebracht ist von
der im Reichslande und in der Pariser Gesell-
schaft für den Schutz der Elsaß-Lothringer Kund-
gegebenen Entrüstung über die Verlustlisten aus
Lontin, wo Elsaß-Lothringer verhältnismäßig weit
größere Einbuße an Landeskindern zu beklagen
hat als Frankreich. Die armen Teufel nämlich,
die aus Elsaß und Lothringen der jugendliche
Uebermuth, die Lodung von Werbern oder der
angeerbte Trieb des Reiselaufens nach Frankreich
führt, können natürlich als Ausländer nur in die
Fremdenlegion eingestellt werden, welche dort hin-
ten vor allen andern Truppentheilen zur Verwen-
dung gekommen ist. Dieser unwürdigen Aus-
beutung einer „rührenden Anhänglichkeit an das
alte Vaterland“ will der Abg. Keller ein Ende
bereiten; es ist aber wohl kaum zu erwarten, daß
dieser Antrag, der allen französischen Rechtsgrund-
sätzen und den guten internationalen Sitten wi-
dersprechen würde, zur Annahme gelangen wird.
Der Antrag des „Avenir Militaire“ dagegen ist
an sich ein Ausfluß der jetzt gerade blühenden
Fremdenbege, stellt aber daneben noch auf Be-
seitigung eines von dieser Seite schon öfters gerüg-
ten Mißstandes, der eine häßliche Seite der Aus-
wanderung aus Elsaß-Lothringen bildet. Gar
mancher heiße, junge Patriot aus dem Reichs-
lande versichert sich nämlich rechtzeitig vor dem
17. Lebensjahre eines Auswanderungsheimes, be-
vor das Gesetz die Schranke zieht, lebt dann als
interessanter Emigrant in Paris oder in der Pro-
vinz, vergißt aber dabei in seinem übergroßen pa-
triotischen Schmerz, nach erreichter Großjährigkeit
die französische Staatsangehörigkeit nachzusuchen,
und entzieht sich so der Erfüllung der Heeres-
pflicht hüben wie drüben. Diesen Heuchlern ganz
besonders gilt der Antrag des „Avenir Militaire“.

Feuilleton.

Allerlei.

(Kaiser Nikolaus und russische Schau-
ler.) Der Großvater des gegenwärtigen Be-
raters der Russen war ein großer Freund des
Theaters und namentlich ein Gönner der russi-
schen Nationalbühne, die sich unter seiner Regie-
rung besonderer Blüthe erfreute, während dieselbe
unter seinen beiden Nachfolgern ein recht kümmer-
liches Dasein fristete. Die beiden hervorragenden
Werke der russischen Literatur, Gogol's „Revi-
sor“ und Orisjodow's „Weise dem Geseid-
!“ fanden nur Dank der persönlichen Initia-
tive des Kaisers ihren Weg auf die Bühne, da
sonst sich auf's hartnäckigste ihrer Auffüh-
rung widersetzte. Er sagte zwar, nachdem ihm
aufmerksam der Erzähler seines Sohnes, des ver-
storbenen Alexander II., den „Revisor“ vorge-
lesen hatte: „Wir bekommen Alle etwas ab, ich
meinen“, befahl aber doch die Aufführung
nicht und sah sich das Stück wiederholt an,
daß seinem Beifall nicht kargend. Er protegierte
gern die Schauspieler, hierbei zuweilen sehr
zeitgehende Zugeständnisse machend. So gestat-
te er z. B. dem Schauspieler Karatygin auf
seinen inständigen Bitten, ein Mal zu seinem Be-
sitzer Schiller's „Wilhelm Tell“ zu geben. Wenn
man sich den eisernen, allen Freiheits-Gelüsten
verstreubenden Charakter des Kaisers Nikolaus
gegenwärtigt, so wird man begreifen, welche
entsetzliche Konzeption dies für ihn war. (In
Frankland ist „Wilhelm Tell“ für die deutschen
Theater überhaupt erst im Jahre 1882 freigege-
worden, für die russischen Bühnen ist die

Aufführung noch gegenwärtig verboten.) Kaiser
Nikolaus kam jedes Mal auf die Bühne, wenn
er im Theater war, und sprach gern mit den
Künstlern, namentlich mit seinen Lieblingen, zu
denen unter Anderen auch der äußerst wibige
und schlagfertige Karatygin gehörte. Letzterer
war sehr hohen Wuchses und einst sagte ihm der
Kaiser, vor ihm stehend, „Du bist größer als
ich!“ — „Nein, Majestät, nur länger!“ erwi-
derte Karatygin. Ein anderes Mal kam der
Kaiser mit seinem gleichfalls sehr wibigen Bruder
Michael auf die Bühne. Während sie mit Ka-
ratygin sprachen, hatte der Großfürst Michael
Gelegenheit, seinen Witz spielen zu lassen, und
da sagte Kaiser Nikolaus: „Nun, Karatygin, mein
Bruder bringt Dich mit seinen Witz um's
Brod!“ — „Mir bleibt das Salz, Majestät“,
erwiderte schlagfertig Karatygin. Kaiser und
Großfürst lachten herzlich über die schlagfertige
Antwort. Einst war in Jaroslawo Selo Vorstel-
lung und nach derselben wurde den Schauspielern
im Bernsteinsaal ein Souper servirt. Hierbei
kam es zwischen zwei Schauspielern unter der
Wirkung des Weines zum Zank und der eine
von ihnen warf mit einer Flasche nach seinem
Gegner, die aber vorüberflog an die Wand, was
zur Folge hatte, daß ein größeres Stück Bern-
stein sprang. In der Intendant herrschte große
Bestürzung und Alle, vom Minister an, erwarteten
einen furchtbaren Sturm und entsprechende
Strafe. Statt dessen lautete die Resolution des
Kaisers an den Minister: „Nächstens gib ihnen
mehr Wein — und laß den Schaden repariren.“
Damit war die Sache erledigt. Komisch war
auch ein Zwischenfall mit dem, bei dem Kaiser
sehr beliebten französischen Schauspieler Bernet.
Auf einem Spaziergange sah der Kaiser Bernet

auf der Straße, hielt ihn an und sprach mit ihm
ein paar Minuten. Kaum war der Kaiser vor-
über, als ein Polizei-Offizier auf Bernet losge-
stürzt kam und ihn ruffend fragte, was der Kai-
ser ihm gesagt und wer er sei. Bernet verstand
ihn natürlich nicht, was den Polizei-Offizier so
sehr ärgerte, daß er den französischen Schauspieler
ergreifen und auf die Polizei bringen ließ,
wo er einen halben Tag eingesperrt blieb, bis
sich die Sache aufklärte und man ihn mit vielen
Entschuldigungen und Bücklingen entließ. Ein
paar Tage später kam der Kaiser in's französische
Theater und, wie gewöhnlich, auf die Bühne.
Er sah Bernet stehen und ging auf ihn los, aber
Bernet wandte sich weg und machte Miene, davon
zu laufen. „Was heißt das?“ rief der Kaiser.
„Sie wollen nicht mit mir sprechen?“ — „Die
Ehre, Majestät, mit Ihnen zu sprechen, ist groß,
aber sie ist gefährlich: es steht zwölf Stunden
Polizei-Arrest darauf in Russland.“ Und nun er-
zählte er, wie man ihn eingesperrt hatte. Am
anderen Tage wanderte der betreffende Polizei-
Offizier selbst auf die Hauptwache. In sehr
drahtisch-militärischer Weise ging Kaiser Nikolaus
auch gegen das Korps des Ballet vor. Im Ballet
„Der Aufstand im Serrail“ hatten die Tänzerin-
nen alle die militärischen Evolutionen auszufüh-
ren, die sie erlaubten und gegen die sie sich bei den
Proben deshalb immer sperrten. Dies war die
Ursache, daß die Aufführung immer ausgesetzt
werden mußte. Als Kaiser Nikolaus dies erfuhr,
kam er eines Tages plötzlich zur Probe und sagte
den Ballettänzerinnen mit ernster und strenger Miene:
„Wenn Ihr nicht studiren wollt, wie man Euch
befiehlt, so werde ich Euch in Euren Tanzschuhen
auf zwei Stunden mit den Flinten draußen auf
die Straße schicken.“ Sprach's und verließ die

Bühne, ohne die verwirrten Tänzerinnen weiter
eines Blickes zu würdigen. Die Drohung wirkte
praktisch. Binnen kurzer Zeit war das Ballet
vorzüglich einstudirt.

(Ein Winter vor 150 Jahren.)
Es dürfte nicht uninteressant sein, bei dem dies-
jährigen strengen und lange anhaltenden Winter
zu erfahren, welche Noth und Drangsal ein Ver-
gänger desselben vor etwa 150 Jahren im lieben
deutschen Vaterlande hervorgerufen hat. Wir fol-
gen dabei der genauen Aufzeichnung eines Augen-
zeugen jener trüben Zeit.

„Anno domini 1740 den 6ten Januarij
auff Königsnacht“, schreibt unser Gewährsmann,
ein ehrbarer Doctor medicinae zu Blumenthal
in der nördlichen Eifel, „ist solcher kalter Win-
ter eingetreten, daß der 1709 auch sich auf Kö-
nigsnacht eingestellter nicht ist dagegen zu rechnen
gewesen, daß diese Kälte gegen die von 1709
acht gerade heftiger sich eingefunden, mit solchem
starkem Frost und immerwährendem tiefem Schnee
bis bald den monath Mey aus, da der von 1709
ohngefähr mit starkem Frost und Schnee gedauert
hieß Wochen. Alle große Wasser als Rhein,
Mosell, Maas, Donau und noch sie Rahmen ha-
ben seint stark zugefroren, daß keine Schiffe haben
lange Zeit darauß fahren können, bis daß ein
darinnen um halb Martij ohngefahr losge-
brochen, und haben bis den 16ten Martij unsere
Reidwerke (Eisenhammerwerke) alle müssen im
Lande stillstehen, wiewoll daß immerwährende
Schneen und Hageln mit großer Kälte bis bald
den Mey aus gewähret, daß Futter vorß Vieh ist
allüberall also drauffgegangen, daß durchgehends
viell Rindvieh und Schaaß bei schwärer Theurung

welches einer alten Sage in der Armeesorte leicht, indem es dieses Doppelspiel durchkreuzen will. Frankreich macht nämlich jetzt dieselben Erfahrungen, die es nach dem Pariser Frieden gemacht hat. Damals wurde durch das Gesetz vom 14. Oktober 1814 allen Angehörigen der wieder abgetretenen französischen Provinzen die Wiedererwerbung der französischen Staatsangehörigkeit erleichtert und zunächst der Aufenthalt in Frankreich ohne Einschränkung gewährt. Dieser großzügige Zug der großen Nation und die Gastfreundschaft, welche dann auch Ausreisende und politischen Flüchtlinge u. s. w. gewährt wurde, sind begreiflicherweise mißbraucht worden. Es war trotz mancher Nachtheile, welche das bürgerliche Recht dem Ausländer bereitet, doch recht vorteilhaft, uneingeschränkt durch die Heerespflicht sich als Diensthofe, als Kommiss u. s. w. zu verdingen oder um die Mädchen im Dorfe zu werben. Selbst die vielbegehrten Holzhäuser konnten nach französischer Rechtsprechung, welche durch eine Entscheidung des Kassationshofes vom 31. Dezember 1862 gutgeheißen wurde, den als d'étrangers nicht vorerhalten werden, die nachher eine bevorrechtete Klasse im Lande bildeten. Es gab Grenzbesitzer, wie in zahlreichen Gesehen an die Kammern versichert wurde, in welchen die französischen Bürger die Minderheit bildeten, die Fremden dagegen den Ton gaben. Die Wirksamkeit des Gesetzes von 1814 ist 1849 aufgehoben worden, und das Gesetz vom 7. Februar 1851 nöthigte die Söhne von Fremden, nach erreichter Großjährigkeit sich für die eine oder andere Staatsangehörigkeit zu erklären; aber das wirkte nicht nach Wunsch; die Bestimmungen sind 1872 verschärft und schließlich ist durch das vorerwähnte, vom Abg. Keller angeregte Gesetz vom 16. Dezember 1874 bestimmt worden, daß die Erklärung für die erworbene Staatsangehörigkeit nicht genüge, sondern es ist der Nachweis gefordert worden, daß man diese wirklich noch beziehe. Der Antrag des „Avenir Militaire“ geht noch einen Schritt weiter und durchbricht das jus sanguinis. So könnte man denn auf den Gedanken kommen, daß Frankreich in Folge seiner weitestgehenden und großmüthigen Gesetzgebung in eine unhaltbare Lage gerathen sei und sich daraus retten wolle. In der That aber stellt sich die Sache so, daß Frankreich durch die Rücksichten der auswärtigen Politik sich allerdings für die inneren Zustände Schwierigkeiten geschaffen hat, die zu beseitigen es jedoch verzögerte, weil dadurch die Interessen der Auswanderer aus Elsaß-Lothringen geschädigt worden wären. Die französischen Behörden waren seit 1871 stets bemüht, die unfriedfertigen internationalen Gelüste mit den innern Bedürfnissen in Einklang zu bringen; aber einerseits konnte man doch nicht minderjährige Auswanderer aus Elsaß-Lothringen in die Linie einstellen — dieses der Antrag Kellers —, andererseits war es nach der Gesetzgebung nicht möglich, das vorerwähnte Doppelspiel abzuhalten, und daher der Vorschlag des „Avenir Militaire“. Soweit es sich aber nicht um blutarme minderjährige Reiselaufher, sondern um ernsthafte wohlhabende Familienöhne handelte, welche in Frankreich fortkommen wollten, während die Eltern dabei in Elsaß-Lothringen ihre Penaten hüteten, ist man auf andere Kniffe verfallen. Das bürgerliche Gesehbuch (Art. 9, 10 und 18) gewährt den ehemaligen Franzosen oder deren Kindern, welche ihre nach eigenem oder der Eltern freiem Entschluß verlorne Staatsangehörigkeit wieder erwerben wollen, gewisse Erleichterungen. Diese Bestimmungen hielt man aber früher nicht anwendbar auf die aus Gebietsabtretungen und Friedensverträgen sich ergebenden Verhältnisse. Seit

1874 aber wandte man den Artikel 18 des bürgerlichen Gesehbuchs auf Elsaß-Lothringen an, welche die Option versäumt hatten, und gewährte ihnen die Ausnahme in den französischen Staatsverband unter leichtern Bedingungen und unter dem Titel der Wiedereinsetzung (réintégration). Im Jahre 1880 entschied der conseil de révision des Seine-Departements, daß die Elsaß-Lothringer, welche sich nicht über ihre Staatsangehörigkeit erklärt haben und daher Deutsche geworden sind, nach genanntem Artikel 18 die Wiedereinsetzung verlangen können und dann wie die als d'étrangers zu behandeln sind, welche ihre fremde Staatsangehörigkeit aufgegeben haben, d. h. sie werden in die Kontrolle der Reserve und der Territorial-Armee bei den Jahrgängen ihrer Altersklasse eingestellt. Unter Elsaß-Lothringern versteht man aber auch die Söhne von solchen und behandelt sie nach Art. 9 und 10 des bürgerlichen Gesehbuchs als im Auslande geborene Kinder eines Vaters, der das französische Bürgerrecht verloren hat. Es ist das Verfahren der Wiedereinsetzung immerhin mit Umständen und Kosten verbunden und eignet sich nicht für Reiselaufher, die kurzweg ohne Papiere über die Grenze laufen; andererseits lassen sich nicht alle Auswanderer wiedereinsetzen, wie die Klage des „Avenir Militaire“ beweist. Der Abgeordnete Keller will daher auf breiterer Grundlage und in einfacher Weise Abhilfe schaffen. Man darf mit Recht auf die weiteren Geschehisse dieses Antrages gespannt sein.

Ausland.

Wien, 15. März. Der Handelsminister Pino von Friedenthal hat wegen im Schoße des Ministeriums hervorgerufener Meinungsverschiedenheiten über die Verordnung des Handelsministers vom 26. Februar 1886, betreffend den Wirkungsbereich des Postsparkassenamtes, seine Entlassung eingereicht. Der angegebene Grund des Entlassungsgesuches, welcher dasselbe denn doch auf einen gar zu nebensächlichen Anlaß zurückführt, wird wohl nirgends ernst genommen werden, vielmehr wird sich Jedermann der vor Kurzem anlässlich der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Verstaatlichung der Dux-Bodenbacher und Prag-Duxer Eisenbahn gegen den Handelsminister erhobenen schweren Anklagen erinnern, welche damals nur eine unvollkommene Zurückweisung fanden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. März. Nach Zeitungsnachrichten soll ein Antrag eingebracht werden, eine Münze im Werthe von 25 Pfennigen zu prägen. Wenn auch kein Bedürfnis dazu vorliegt, so würde doch der Wunsch vieler durch Annahme eines dahin gehenden Gesetzes erfüllt werden. Es wäre doch nur Fortschritt, wenn man sagen wollte: das Deimalpfennig ist doch nur um der leichteren Bedienung willen eingeführt worden, und wie nicht zu leugnen ist, auf Kosten derer, welche die Bedienungsmittel nicht im Ganzen taufen können. Im Einzelverkauf hat das Deimalpfennig Vieles verheuert. Bieleicht wäre es noch Manchem lieb, wenn auch ein 2 1/2-Pfennigstück geprägt würde. Es giebt nicht wenige Sachen, von denen zwei zusammen 5 Pfennige kosten, namentlich im Bäderladen. Doch das wäre zu weit gegangen. Aus welchem Metall wird das fragliche Fünfundzwanzig Pfennigstück am besten geprägt? Aus Nickel nicht; es würde zu groß werden. Aus so wenig mit anderem Metall versetztem Silber wie die 20-Pfennigstücke auch nicht. Es würde zu klein, wie diese es sind. Somit wohl aus Silber mit mehr Untermischung anderer Metalle, aber

12 Octobris der Schnee mit starker Kälte anhaltend eingestell, und die abgemähte Haber ist im Felde liegen geblieben, die Haber in die Stoppeln abgefallen und verdorben. Die Weintrauben sind überall befroren und verdorben, daß gar kein Wein ist gesammelt worden. Diese Kälte hat diesen ganzen Monat mit Regen und Schnee angehalten, daß die Saat nicht wohl hat können geschehen und haben viel Felder unbesät müssen liegen bleiben. Am 14ten April hat sich in einer Nacht solcher Schnee eingestellt, daß man nirgend hat können handeln noch wandeln, noch mit einigem Fuhrwerk durchkommen, also daß man schwärzlich von einem Dorfe zum andern hat können kommen und selbst an unterschiedlichen Orten die Bester umgefallen, also daß hin und wieder etliche Ställe ausgefroren. Der starke Frost hat immer angehalten, daß auch davon die Reiterwerke überall insgesamt stillstehen. Am 13. April hat sich der Schnee wiederum häufig eingestellt, daß alle Wege wiederum unbrauchbar worden, welches gedauert bis den 20. dito. Darauf daß Wetter einige Tage genüßlich worden und hat beim lieblichen Sonnenschein gewartet, bis 2 Tag durch ein großer Regen sich eingestellt, also daß der Schnee im Felde und denen Wäldchen völlig losf worden, und dadurch ein solch groß Gewässer ist verursacht worden, daß die Hüttenwerke haben müssen ausgehen und selbst viele Brücken weggeleitet worden.

Soweit unser Chronist. Hoffentlich wird unser jetziger Winter, der schon Noth und Verkehrstodung genug angerichtet hat und den Landmann, der bereits die Saat bestellt haben mußte, mit banger Sorge erfüllt, es in seinem ferneren Verlaufe nicht so schlimm machen wie sein eben geschriebener böser Vorgänger aus dem achtzehnten Jahrhundert. (Köln. Ztg.)

nicht zu klein! Es muß die Größe von etwa einem Fünftelpfennigstück haben. Zur besseren Unterscheidung von anderen Münzen präge man es aber nicht rund, sondern acht- oder zehneckig. Es giebt schon solche Münzen, ich glaube in Italien oder der Schweiz. Sie unterscheiden sich selbst im Finstern von allen anderen Münzen; die Finger täuschen sich nicht beim Anfassen. Wie praktisch wäre es gewesen, unsere Fünftelpfennigstücke edig zu gestalten! Keine Verwechslung mit Zehnpfennigern!

Auf die heute, Dienstag, stattfindende Aufführung des effectvollen Schauspiels „Marie-Anne, ein Weib aus dem Volke“ zum Benefiz für die fleißige Schauspielerin Frau Marie Koch-Egger machen wir die Theaterfreunde nochmals aufmerksam und wünschen wir der Benefizantin einen recht zahlreichen Besuch. — Morgen, Mittwoch, singt unser geschäpfter Dperngast, Herr A. Settelorn, den „Wolftram“ in Wagners „Tannhäuser“, eine bekannte Bravourleistung.

Wir wollen nicht unterlassen, auf das heutige Extra-Konzert des Herrn Kapellmeisters Jancovius hinzuweisen, das außer Duverture Zell von Rossini, Largo von Händel, der Rhapsodie von Liszt u., und noch den Genuss der vollständigen Musik von Beethoven zu Goethe's Egmont mit verbindendem Texte bringt, welche Aufführung hier bisher nur selten zu Gehör gebracht worden. Da die Partie des Sprechers von Herrn Kühn gütigst übernommen worden, so zweifeln wir nicht, daß der Besuch dieses Konzerts ein der Aufführung würdiger und zahlreicher sein dürfte.

Landgericht. — Strafkammer 3. — Sitzung vom 15. März. — Wegen Verleitung zum Meineid hatte sich der Schneidermeister Emil Zille aus Alt-Damm zu verantworten. Am 19. Mai v. Js. war derselbe vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Verleitung des Gefangenen-Aufsehers Gehrt angeklagt. Zu diesem Termin waren von ihm der damalige Wöthgerlebring, jetzige Arbeiter Barant, und der Schneidergeselle Voigt als Entlastungszeugen geladen und wurden auch vernommen. Die Aussagen derselben wichen jedoch in so wesentlichen Punkten von den Aussagen der Belastungszeugen ab, daß der Gerichtshof die Glaubwürdigkeit des Barant und Voigt bezweifelte und deren Verurteilung aussetzte. Zille wurde für schuldig befunden und zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt. Wegen dieses Erkenntnis erhob Zille Widerspruch und stand deshalb am 21. August v. J. Termin vor der Strafkammer des Landgerichts als Berufungs-Institut an, in welcher Barant und Voigt wiederum als Zeugen fungierten. In diesem Termin befanden beide und zwar nach Leistung des Zeugeneides, daß sie bei dem zur Anlage stehenden Vorfall gar nicht zugegen gewesen und daß ihre in erster Instanz unrichtig abgegebene Aussage vollständig unwahr sei; Barant erklärte weiter, daß er von Zille aufgefordert worden wäre, die Aussage wider besseres Wissen falsch abzugeben. Nun wurde gegen Zille Anträge wegen Verleitung zum Meineid erhoben; bei der heute deshalb anstehenden Verhandlung war nur die Aussage des Barant für Zille belastend und nahm auf Grund dieser Aussage der Gerichtshof auch an, daß sich Zille in Bezug auf Barant der Verleitung zum Meineid schuldig gemacht habe und wurde deshalb gegen Zille auf 1 Jahr Zuchthaus erkannt.

Aus den Provinzen.

3. Bütow, 14. März. Gestern feierten die Seilermeister Rogg'schen Eheleute hier selbst das Fest der goldenen Hochzeit. Beide Ehegatten befanden sich noch wohl und munter. — Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers findet wie alljährlich im Steinhauer'schen Saale ein Diner, veranstaltet von den Behörden des Kreises und der Stadt, statt. Der hiesige Turnverein wird zur Feier des Tages ein Schauturnen mit nachfolgendem Tanzkränzchen veranstalten.

Tempelburg, 14. März. Gestern erkannte das königliche Schöffengericht hier selbst in einem Falle wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt auf ein Jahr Gefängnisstrafe. Der Einwohner Ried aus Pielburg, ein zum Trunk und Gewaltthatigkeiten neigender Mensch, war wegen verschiedener Ungehörigkeiten von dem Amtsvorsteher Herrn Walther daselbst ins Amtslokal geladen, Ried ließ jedoch dem Amtsvorsteher sagen, wenn er etwas von ihm wolle, könne er ja zu ihm, Ried, kommen. Herr Walther nahm dann den Gerichtsmann Jandt mit und begab sich in die Wohnung des Ried, letzterer aber nahm, als er der Herren ansichtig wurde, eine Stampfleule, eine Holzart, sowie ein offenes Messer und schlug um sich, wobei er den Gerichtsmann Jandt in der Schläfengegend verletzete, so daß dieser furchtbar blutete, worauf Ried dann überwältigt ins Amtslokal geschleppt werden mußte. Selbst die von dem Amtsvorsteher vorgelegenen Entlastungszeugen belundeten die der Anlage zu Grunde gelegten Momente und war der Gerichtshof der Ueberzeugung, daß derartige Ausschreitungen, und in Anbetracht, daß selbst die Polizei-Organe unter solchen Umständen des Lebens nicht sicher seien, mit exemplarischer Strafe belegt werden mußten.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Benefiz für Frau Marie Koch-Egger. „Marie-Anne, ein Weib aus dem Volke.“ Schauspiel in 5 Akten. (Dugend-Billets haben mit 50 Pf. Aufzahlung Gütigkeit.)

Mittwoch: Vorlesung des Spiels des Herrn A. Settelorn vom Hoftheater zu Braun-

schweig. „Tannhäuser“, oder: „Der Sängerkrieg auf der Wartburg.“

Bermischte Nachrichten.

Humoristisches aus dem Solbatenstande bringt „Was Ihr wollt“: Also wie nennt man den Kommandeur einer Brigade? — Brigadier. — Und den Kommandeur einer Division? — Divisionär! — Schön! Und den Offizier, der eine Schwadron befehligt? — Schwadronneur!

Instruktor: Im Kriege ist der Soldat ein anderer, das wißt Ihr. Der echte Soldat soll aber auch Menschlichkeit kennen. Was würden Sie, Rekrut Schulze, thun, wenn Sie bei einer Vorposten-Relognosierung plötzlich hinter einer schützenden Mauer zwei feindliche und unbewaffnete Soldaten sähen, die, ohne an einen Liebesfall zu denken, dasitzen und etwa aus einer Flasche trinken? — Rekrut: Mittrinken!

Leutnant: He, Wachmeister, Sie werden alle Tage dicker. Wovon nähren Sie sich denn eigentlich? — Zu Befehl, Herr Leutnant, von Einjährig-Freiwilligen.

Leutnant (zu einem Kameraden): Es ist fatal, zu heirathen. Eine Schöne ohne Geld erlaubt mein Vater nicht. Eine Häßliche mit Geld erlaubt ihr Vater nicht. Eine Häßliche ohne Geld — das ist überhaupt nicht erlaubt.

Nichts Neues? fragte ein Offizier der Munde die Schildwache. Nein, Herr Leutnant, wissen Sie nichts?

Bei einem Manöver giebt der Rittmeister der Ordnung einen Befehl zur schleunigsten Beförderung; diese sprengt davon, das Pferd setzt über einen Graben und wirft den Reiter ab. Rittmeister: Donnerwetter, hat Sie sich nicht so lange unterwegs auf, die Sache hat Elle.

(Der einfachste Ausweg.) Mann: „Weiß der Kukul, wegen unseres Hauswädchens, der hübschen Karoline, hab' ich nun schon sechs Kutscher fortgeschicken müssen!“ Frau: „Aber warum schickst Du denn die Karoline nicht fort?“

Ein Leutnant will einem Wirth, der ihm öfters Gefälligkeiten erwiesen, in Gesellschaft mehrerer Kameraden foppen: He, Weinmeister, sagen Sie mal, wo haben Sie eigentlich gebüht? Haben Sie überhaupt eine Ahnung, wie ein Wehr aussieht? — Weinmeister: Nun, Herr Leutnant, hab' ich Ihnen nicht oft genug etwas vorgesprochen?

(Aus der Instruktionssunde.) Unteroffizier: „Was muß der sein, dem militärische Schenparaden zulommen?“ — Rekrut: „Doo muß er sinn!“

Verantwortlicher Redakteur: B. Schöner in Straßburg.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 15. März. Die Verhandlung in der Frankfurter Friedens-Affäre begann heute unter großem Andränge des Publikums vor der ersten Strafkammer. Der Vorsitz des Gerichtshofes führt Landgerichtsdirektor Dr. Hörner, die Staatsanwaltschaft vertreten die Staatsanwälte DDr. Uyles und Gordan, die Verteidigung führen Rechtsanwalt Dr. Meyer für den Angeklagten Polizeikommissar Meyer, Rechtsanwalt Dr. Weiger für die angeklagten Schuppen, die Rechtsanwälte DDr. Holdheim und Eppstein für den Mitangeklagten Lependeder (Mainz). Diese beiden letzten Anwälte fungierten gleichzeitig als Vertreter der verletzten Nebenkläger. Unter den 88 Zeugen befindet sich der sozialdemokratische Abgeordnete Frohme.

Wißbaden, 15. März. In der vergangenen Nacht, um 12 Uhr 28 Minuten, wurde ein hier ein heftiger Erdstoß verspürt.

Petersburg, 14. März. Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern nach Gatschina überfiedelt.

Madrid, 15. März. Die hiesige Presse spendet der Königin großes Lob, weil dieselbe die vollständige Erziehung der hinterlassenen Kinder des bei dem Putz in Carthagena schwer verwundeten und einige Tage darauf verstorbenen Generals Fajardo ihrem Schutze unterstellte.

Madrid, 15. März. Gestern Abend fand in Granada ein starkes Erdbeben statt, dasselbe dauerte 7 Sekunden, viele Menschen verbrachten die Nacht im Freien; es herrscht unbeschreibliche Panik.

Konstantinopel, 15. März. (Telegramm der „Agence Havas“.) Said Pascha hatte mit den Votschastern von Russland und Oesterreich Ungarn ein Einvernehmen in Betreff der Reaktionsformel für das Protokoll über das bulgarisch-türkische Ueberkommen erzielt, als man erfuhr, daß der Fürst von Bulgarien im Gegensaß zu früheren Erklärungen die Ernennung zum Generalgouverneur ohne Bestätigung einer Frist der Wiedereinsetzung verlangte. Die Vertreter der Mächte in Sofia sind bemüht, den Fürsten von seinem Vorhaben abzubringen.

Newyork, 14. März. Der Dampfer der Cunard-Linie, „Oregon“, ist heute Nachmittag in der Nähe von Fire-Island in Folge Zusammenstoßes mit einem anderen Schiffe untergegangen. Die Passagiere desselben sind sämmtlich gerettet und befinden sich an Bord des Dampfers des Norddeutschen Lloyd „Gulda“.

Newyork, 15. März. Weiteren Meldungen zufolge kollidierte der gestern untergegangene Dampfer „Oregon“ mit einem Schooner, wurde rechtzeitig verlassen und sank bald darauf. Die an Bord der „Gulda“ befindlichen Passagiere und Mannschaften betragen über 800.